Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 43. | Dresden, Mittwoch den 20. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Neues Friedensangebot der Bolschewiki.

Vormarsch an der Bahn Riga—Petersburg. — Polen und die Ukraine. Bolschewikische Siege in der Ukraine. — Die französischen Sozialisten und der Friede.

Berlin, 20. Februar.

Staatssekretär v. Kühlmann verlas im Verlaufe seiner heutigen Rede im Reichstage nachstehenden Funkspruch der bolschewikischen Regierung in Petersburg an die deutsche Regierung: Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. (Hört! Hört! auf allen Seiten des Hauses.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde. (Hört! Hört! Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.) Der Staatssekretär bemerkte hierzu, er möchte trotzdem davor warnen, zu glauben, daß wir den Frieden mit Rußland nun schon in der Tasche hätten. Der Friede mit Rußland sei erst da, wenn die Tinte unter dem Vertrage trocken sei.

Schwacher russischer Widerstand im Nordosten.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 19. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkampf. Größere Erkundungsvorstöße, die der Engländer westlich von Houthen, der Franzose bei Juvincourt und nördlich von Reims unternahm, wurden abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Bahn Riga—Petersburg wurden die 20 Kilometer vor unserer bisherigen Front liegenden russischen Stellungen überschritten. Schwacher Widerstand des Feindes bei Inzeem, nördlich der Bahn, wurde schnell gebrochen.

Ueber Dünaburg hinaus stießen unsere Divisionen in nordöstlicher und östlicher Richtung vor, zwischen Dünaburg und Luzk traten sie in breiten Abschnitten den Vormarsch an.

Die über Luzk hinaus vorgedrungenen Divisionen marschieren auf Rowno.

2500 Gefangene, mehrere Hundert Geschütze und große Mengen an rollendem Material fielen in unsere Hand.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Was wird aus Polen.

Halbamtlich wird mitgeteilt:

„Von einem Berliner Blatt ist in einer Notiz zur polnischen Frage die Nachricht verbreitet worden, es werde erwogen, von Polen so viel für Deutschland abzutrennen, wie man zur strategischen Sicherung nötig zu haben glaube, und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß auch das preußische Staatsministerium sich mit diesem Plan befaßt und ihn entschieden mißbilligt habe. Nach einem vor kurzem einstimmig gefaßten Beschluß habe das Staatsministerium sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen bevölkerten Staats- und Reichsgebiets ausgesprochen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird sind Beschlüsse darüber, was weiter aus Polen werden soll, bisher noch nicht gefaßt worden. Auf den Ausfall der letzten Entscheidung wird selbstverständlich vor allem auch die Art und Weise von Einfluß sein, wie das befreite Polen sich gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhalten gedenkt."

In der amtlichen Kundgebung wird gesagt, daß auf die Entscheidung über das Schicksal Polens das Verhalten der Polen von Einfluß sein wird. Mag sein, daß das Betragen der Polen nicht sehr erfreulich ist und auch uns gefällt die Ungeniertheit sehr wenig, mit der die Polen auf Gebiete Anspruch machen, die früher wohl einmal polnisch waren, jetzt aber zum großen Teil von Angehörigen anderer Volksstämme bewohnt werden. Aber deshalb darf nicht, um die Polen zu bestrafen, zu einer Regelung der Verhältnisse im Osten gegriffen werden, die eine Ungerechtigkeit gegenüber den Polen bedeutet, aber auch mit den deutschen Interessen nicht in Einklang zu bringen wäre.

Der Plan, um strategischer Sicherungen willen eine neue Teilung Polens vorzunehmen, ist geradezu wahnsinnig. Er würde uns den unauslöschlichen Haß aller Polen zuziehen, die sich enttäuscht und betrogen fühlen würden. Bei jedem künftigen Krieg wären die Polen geneigt, sich unseren Feinden anzuschließen und unser Bundesverhältnis mit Oesterreich, auf dessen Politik die galizischen Polen einen großen Einfluß haben, wäre kaum aufrechtzuerhalten. Dazu käme, daß unsere innerpolitischen Schwierigkeiten stark vermehrt würden, wenn weitere polnische Landesteile zu Preußen kämen. Wir haben es nicht verstanden, die Polen, die bereits seit über hundert Jahren preußische Untertanen sind, mit der preußisch-deutschen Herrschaft zu versöhnen, und das würde bei den Polen erst recht nicht gelingen, die man jetzt zwangsweise zu deutschen Untertanen machte. Das deutsche Volk hat also alle Veranlassung, sich recht energisch gegen jeden Plan zu wehren, der darauf hinausgeht, der darauf hinausgeht, einen Teil des bisher russischen Polens von dessen Gebiet abzutrennen und Deutschland einzuverleiben. Im Interesse des deutschen Volkes kann man nur wünschen, daß zwischen den Polen und der Ukraine eine Einigung über das strittige Gebiet zustandekommt, die beide Teile zufriedenstellt.

•

Ukrainisches Entgegenkommen.

Dem Lokal-Anzeiger wird aus Wien berichtet: Das Mitglied der ukrainischen Delegation, Sevrjuk, teilte einem Mitarbeiter der Neuen Freien Presse mit: Wir wollen den Polen entgegenkommen sobald die Ordnung eingetreten ist, und der Bevölkerung vor allem anheimstellen, durch Volksabstimmung zu erklären, zu welchem Staat sie gehören will.

Der Strudel im Osten.

Bald lag ich unten, bald lag ich oben! Dies ist das ewig wechselnde Bild des russischen Bürgerkrieges. Nach den neuesten Meldungen sieht es aus, als ob die Bolschewiki auf den inneren Kampfplätzen wieder einmal überall oben drauf seien. Bei Minsk wollen sie über die polnischen Truppen gesiegt haben. Die Petersburger Telegr.-Agentur meldet zu diesen Kämpfen und zur Lage im Dongebiet:

Die Lage der polnischen Legionäre in Minsk ist fühlbar erschwert durch die unvorhergesehenen Unternehmungen eines Zuges mit Roten Garden, der in der Richtung auf Rogatschew abgesandt wurde. Die den Kosaken Gefolgschaft leistenden Abteilungen versuchten nach den Kämpfen in der Nacht vom 12. Februar einen Schachzug und zogen sich gegen Rostow zurück. Bei Tagesanbruch zwang die Rote Garde die Kosaken zur Uebergabe. Die Lage in Rostow ist drohend, da von der kaukasischen Seite und vom Süden her starke Streitkräfte der revolutionären Truppen gegen Rostow vorrücken. Die Kosakenregierung ist nicht imstande, dem Vorrücken der revolutionären Truppen Einhalt zu tun, da trotz strengen Befehls des Generals Alexejew die Eisenbahnstrecken nicht unterbrochen worden sind. Alexejew wurde dringend nach Nowotscherkask gerufen, um sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. In Rostow, Nachitschewan und Taganrog wurde der Belagerungszustand erklärt. Die Einwohner der genannten Städte werden mit strengen Maßregeln bedroht für den Fall der Nichtausführung der Befehle der Kosakenregierung. Aus den Arbeiterkreisen bildet die Rote Garde ihre Streitkräfte. Eine Meldung besagt, daß die zwischen Rostow und Woronezh operierende Abteilung des Generals Alexejew geschlagen, der Hetman Dogajewski gefallen und General Alexejew auf der Flucht nach Nowtschekkask ist.

Ein Teil der polnischen Truppen scheint in die Ukraine abgedrängt zu sein. Die P. T.-A. meldet:

Bezirk und Stadt Borogobuje (?) wurden von den Truppen der Sowjets besetzt. Die polnischen Legionäre zogen sich auf Jelnja zurück. Ein Teil der Besatzung streckte die Waffen. Jelnja und Rogatschew wurden ohne Kampf genommen. Die Polen sind vollkommen umzingelt. Berditschew ist von zwei Kompanien der Roten Garde besetzt. Schitomir widersteht noch.

Berditschew und Schitomir, die neue Residenz der Rada, sind ukrainische Städte westlich von Kiew. Wie Havas aus Petersburg meldet, hat das maximalistische Sekretariat der Ukraine aus Solidarität mit dem Petersburger Rat der Volkskommissare beschlossen, sich als **im Kriegszustande mit Rumänien** befindlich zu betrachten. Die verstärkten Truppen der Sowjets konnten den Rumänen Tiraspol und Bendery angeblich wieder entreißen. Die Meldung von der Einnahme von Kischinew durch die Rumänen ist laut P. T.-A. noch nicht bestätigt, doch fänden ansehnliche rumänische Truppenzusammenziehungen im Dnjestr-Gebiet statt. Das russische Oberkommando habe energische Maßregeln ergriffen, um die Angriffe im Militärbezirk von Odessa zurückzuweisen, und stellt Truppen und Artillerie an der ausgedehnten Grenze Bessarabiens auf. In Odessa wurden Vergeltungsmaßnahmen gegen die rumänischen Militärbeamten ergriffen. Reuter meldet aus Petersburg: „Zwei Tage lang ist **in den Straßen von Odessa** zwischen ukrainischen Kosaken und Truppen der Sowjets **gekämpft worden.** Die Kriegsschiffe eröffneten von der Reede aus das Feuer, wodurch die Stadt sehr beschädigt wurde. Kosaken und Kadetten griffen das Hauptquartier des revolutionären Komitees an, wurden aber von der Roten Garde und Matrosen, die es verteidigten, zurückgeschlagen. Ungefähr 120 Personen wurden getötet und 300 verwundet."

Im Dongebiet wollen die Bolschewiki, wie auch aus dem obigen Telegramm hervorgeht, Alexejews Truppen geschlagen haben. Kaledin soll Selbstmord verübt haben. Der Sowjetausschuß der Volkskommissare der Don-Republik ist, laut P. T.-A., wie folgt gebildet: Vorsitzender: Sergeieff, Arbeitskommissar: Magnidoff, Finanzen: Menschudow. Sozialrevolutionäre vom linken Flügel übernehmen die Posten der Kommissionen für Ackerbau, Nahrungsmittelversorgung und Unterricht.

Die Mitglieder der bulgarischen Delegation in Petersburg teilten nach ihrer Rückkehr mit: „Die Nachricht, daß die Deutschen den Waffenstillstand als gekündigt ansehen, gelangte unmittelbar vor unserer Abreise in Petersburg zur Veröffentlichung. Sie rief Schrecken hervor. Mit dieser Eventualität hatten die Bolschewiki nicht gerechnet. Ueberall begegneten wir auf der Heimfahrt großrussischen Truppenmengen, die den Befehl erhalten hatten, sofort an die Front zurückzukehren. Die Bolschewiki kämpfen mit großen Lebensmittelschwierigkeiten." Die russische Regierung ist übrigens mit der von deutscher Seite gewählten Art der Beendigung des Waffenstillstandes nicht einverstanden; sie meint, der Waffenstillstand hätte mit siebentägiger Frist ausdrücklich gekündigt werden müssen. Dem gegenüber betont bekanntlich die deutsche Heeresleitung, daß der Waffenstillstand durch das Scheitern der Friedensverhandlungen automatisch gekündigt worden sei.

Ein Funkspruch aus Petersburg meldet, daß die Vertreter der mit Rußland verbündeten und neutralen Länder aus Anlaß der **Annullierung der russischen Staatsschulden einen formellen Protest** gegen die wirtschaftlichen und finanziellen Dekrete der Arbeiter- und Bauernregierung erhoben haben, soweit diese die Interessen der Ausländer schädigten. Der Funkspruch erklärt weiter, daß die genannten Vertretungen, indem sie die Dekrete der gegenwärtigen russischen Regierung nicht anerkennen werden, sich nicht nur in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen, sondern daß sie auch drohen, diese **Einmischung bis zum bewaffneten Zusammenstoß** zu treiben.

•

Der Kampf in Finnland.

Petersburg, 18. Februar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ganz Nordfinnland von Torneå bis Uleåborg ist in den Händen der Roten Garde. Der Mittelteil des Landes ist in den Händen der Weißen Garde. Die südlichen Bezirke von Tammerfors stehen auf seiten der Roten Garde. Berichte melden die Abreise zahlreicher Matrosen und Soldaten, die durch Mangel an Nahrungsmitteln veranlaßt worden ist. Unrichtig ist die Nachricht, daß Munition aus Schweden in Finnland eingetroffen ist. Erwerbsloser von Ausländern, die in Tammerfors zurückgehalten werden und abzureisen wünschten, erhielten erst in den letzten Tagen die Erlaubnis zur Abreise. — Fast ganz Finnland ist in den Händen der Roten Garde. Die Lage bessert sich täglich. Im Norden wird heftig gekämpft. Der Sieg der Roten Garde ist gesichert. Mehr als die Hälfte der finnischen Bevölkerung steht unter der Herrschaft der Roten Garde. Heute geht ein Zug mit wohlbewaffneten Panzerautomobilen, Geschützen und Maschinengewehren an die Front ab.

•

Schwedens Eingreifen auf den Ålandsinseln.

Stockholm, 19. Februar. (Meldung des Svenska Telegram-Byrån.) Amtlich. Der Eisbrecher N 2 und der Dampfer Helmdal sind mit Bewachungsmannschaften nach Åland abgegangen, um die finnische Schutzgarde und die russischen Truppen eventuell wegzuführen. Eine dritte Expedition nach Mönsklusta ist deshalb verschoben worden. Das Schießen auf Åland hat aufgehört.

Kopenhagen, 18. Februar. Wie Nationaltidende aus Stockholm meldet, hat der Kommandant des Küstenpanzerschiffes Thor die Russen aufgefordert, die Ålandsinseln zu verlassen. Die Russen sprengten das Munitionslager in die Luft und steckten die Wachtstation und die Signalstation auf Eckerö in Brand.

Der sozialistische Parteitag in Paris.

Aus Bern wird gemeldet: Am Sonntag ist in Paris der Nationalrat der sozialistischen Partei zusammengetreten. Mehrere bedeutende auswärtige Delegierte nehmen an der Verhandlung teil, in der die Stellung des französischen Sozialismus zum Frieden festgelegt werden soll. Zwei Parteien stehen sich gegenüber: der offizielle patriotische Sozialismus der Thomas, Renaudel und Sembat, der mit der Regierung, selbst mit der Regierung Clemenceaus, durch dick und dünn geht, und auf der anderen Seite die sogenannte Minderheit, die unter der Führung Longuets, des Enkels von Marx, den sofortigen Frieden und die plebiszitäre Erledigung der elsaß-lothringischen Frage fordert. Diese Minderheit hat vor acht Tagen in dem engeren Kreise der „Gesellschaften